



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Michael Busch, Harald Güller, Florian Ritter, Florian von Brunn, Margit Wild, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Klaus Adelt SPD**

Solidarität und Zusammenhalt in der Corona-Krise: Europas Volkswirtschaft stabilisieren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Auswirkungen des Coronavirus betreffen Deutschland, Europa und die Welt. Wir müssen auf dem europäischen Kontinent die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in enger Zusammenarbeit und Solidarität abfedern, damit die EU-Wirtschaft wieder in Gang kommen kann, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Hierzu ist es wichtig, dass die Menschen ihren Arbeitsplatz nach Möglichkeit nicht verlieren und Unternehmen ihren Geschäftsbetrieb aufrechterhalten können. Einer möglichen Finanzkrise wie zuletzt 2009/2010, bei der in letzter Konsequenz die Integrität der gemeinsamen europäischen Währung in Frage gestellt wird, ist mit allen geeigneten Instrumenten entgegenzuwirken.

Der Landtag begrüßt hierzu

- das von der Bundesregierung beschlossene Schutzschild für Beschäftigte, Selbstständige und Unternehmen in einem Umfang haushaltswirksamer Maßnahmen von insgesamt 353,3 Mrd. Euro und Garantien von insgesamt 819,7 Mrd. Euro,
- die milliardenschweren EU-Hilfsmaßnahmen, u. a. finanziert aus dem EU-Solidaritätsfonds und dem EU-Strukturfonds,
- das SURE-Kurzarbeitprogramm der Europäischen Kommission zur Mobilisierung von 100 Mrd. Euro, damit Menschen in der EU in Beschäftigung bleiben und die Unternehmen die Krise überstehen,
- die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB), die bis Ende 2020 u. a. mit dem Programm PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme) weitere 750 Mrd. Euro zur Erleichterung der Staatsschulden bereitstellt,
- die weiteren EU-Maßnahmen zur Wiederherstellung volkswirtschaftlicher Stabilität, u. a. die Mittelerrhöhung für die Europäische Investitionsbank und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie denkbare temporäre gemeinsame EU-Anleihen zur Überwindung der Krisenfolgen,
- die Mitteilung „Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts“ (COM (2020) 123 final) der Europäischen Kommission, mit der diese vorübergehend die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) aussetzt. Dadurch können die EU-Mitgliedstaaten zur Bewältigung der Corona-Krise und ihrer sozioökonomischen Folgen höhere Schulden aufnehmen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich in geeigneter Weise dafür einzusetzen, dass die Institutionen der Europäischen Union (EU) ohne Verzögerung einen langfristigen Haushalt (2021-2027) vorlegen, der auch ein substanzielles Konjunkturpaket umfasst, das den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie entgegenwirkt.

Begründung:

Die Coronavirus-Pandemie ist ein kollektiver Gesundheitsnotstand, der in der Geschichte beispiellos ist und den gesamten Globus betrifft. Zur Abmilderung der volkswirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind alle erforderlichen Politikinstrumente einzusetzen, um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schaden so gering wie möglich zu halten, die globale Wirtschaftstätigkeit wiederherzustellen, die Stabilität der Märkte aufrechtzuerhalten und die Resilienz zu stärken. Für die Europäische Union (EU) stellt dies einen Lackmustest von Solidarität und übergreifender Kooperation dar.

Unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Schocks, der durch die Eindämmungsmaßnahmen der Pandemie ausgelöst wurde, ist von einer tiefgreifenden weltweiten Rezession auszugehen.

Es muss zunächst Priorität haben, der europäischen Wirtschaft verstärkt Liquidität zuzuführen, um dem Gesundheitssektor und den in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen (insbesondere kleinen und mittelständischen Firmen) Unterstützungsmittel zur Verfügung zu stellen. Zudem muss die Frage der künftigen Schuldenfähigkeit einzelner Länder bewertet werden. Eine Krise der öffentlichen Finanzen einzelner EU-Mitgliedsländer könnte auch auf das europäische Bankensystem überschlagen. Eine solche Krise zu verhindern, ist eine gemeinschaftliche europäische Aufgabe.